

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Band: 45 (1998)
Heft: 9

Artikel: Vielfältige Gefahren und Risiken für die innere Sicherheit
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-369049>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Bundespolizei als Staatsschutzorgan des Bundes

Vielfältige Gefahren und Risiken für die innere Sicherheit

Red. «Algerische Staatsangehörige in Zürich verhaftet» – «Rassistische Inhalte auf dem Internet» – «Verdacht auf Wirtschaftsspionage». Das sind einige Schlagzeilen aus der Presse in jüngster Zeit. Lauter Fälle für die Bundespolizei, die sich nicht zuletzt «dank» weit offenen Grenzen über Arbeit wahrlich nicht zu beklagen hat.

Die Bundespolizei ist das Staatsschutzorgan des Bundes und besteht im operativen Bereich aus den Abteilungen Terrorismus- und Extremismusbekämpfung, Spionageabwehr, Bekämpfung von Proliferation, organisierter Kriminalität, Sprengstoffdelikten und Kriegsmaterialhandel. Hinzu kommen die Abteilungen Information und Auswertung. Die erweiterten Stabsdienste umfassen zusätzlich den Pikettdienst, den Kontrolldienst und das Verbindungsbüro.

Den Aussendienst der operativen Abteilungen versehen Polizeioffiziere, welche aus den Polizeikorps der Kantone sowie der Städte Bern und Zürich rekrutiert werden. Ihnen obliegt die Bearbeitung der polizeilichen Aufgaben nach sachlichen und territorialen Gesichtspunkten. Information und Auswertung arbeiten mit dem Aussendienst zusammen und befassen sich namentlich mit der Auswertung der eingehenden Informationen sowie Analysen und Lagebeurteilungen. Dem Kontrolldienst obliegt die Kontrolle der in das Informationssystem «ISIS» eingegebenen Daten. Das Verbindungsbüro betreut die Verbindungen mit dem Ausland.

Aus dem Staatsschutzbericht

Zum nunmehr dritten Male wurde der Staatsschutzbericht der Bundespolizei herausgegeben. Der Bericht 1997 orientiert – im Sinne grösstmöglicher Transparenz – Parlament und Öffentlichkeit über die geleistete Arbeit und stellt die Bedrohungslage im Terrorismus und gewalttätigen Extremismus sowie bezüglich Spionage, Proliferation und organisierte Kriminalität dar. Die Risikoeinschätzung führt zum Schluss, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes vielfältigen Sicherheitsgefährdungen ausgesetzt bleiben, weshalb

die Tätigkeit der Staatsschutzbehörden nach wie vor notwendig ist.

Die verschiedenen Bedrohungsarten

Zu den einzelnen Bedrohungsarten hält der Staatsschutzbericht folgendes fest:

Terrorismus und gewalttätiger Extremismus: Nach wie vor sind weltweit Krisen, gewaltsame Auseinandersetzungen und Kriege an der Tagesordnung.

Minderheitenprobleme, Autonomiebestrebungen und Konflikte anderer Art werden oft mit terroristischen Mitteln ausgetragen. Auch die Schweiz wird von diesen Konflikten betroffen. Kurdisch-türkische Gruppierungen sammelten, teilweise unter Anwendung von Gewalt, Geld von ihren Landsleuten. Die Zunahme der Spannungen im Kosovo wirkte sich auf die kosovo-albanische Emigration in der Schweiz aus, deren gewaltbereite Organisationen vermehrt öffentlich auftraten und breiten Zulauf erhielten. Die Schwerpunkte des islamistischen Terrorismus liegen in Algerien und im Nahen Osten. Die Schweiz diente algerischen Islamistengruppen als logistische Basis, und es gelang einem führenden Vertreter algerischer Islamisten, illegal einzureisen. Die rechtsextreme Szene wird in der Schweiz von den Skinheads beherrscht. Vermehrt wurden 1997 Skinheadtreffen mit internationaler Beteiligung durchgeführt. Während die Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte weiter zurückgingen, kam es weiterhin häufig zu Gewalttätigkeiten gegenüber Ausländern. 1997 war eine markante Zunahme des Imports sowie der Verbreitung rassistischer, fremdenfeindlicher und zur Gewalt aufrufender Propaganda – namentlich Tonträger – zu verzeichnen, was zu zahlreichen Beschlagnahmungen führte.

Spionage: Sowohl östliche als auch westliche Nachrichtendienste waren bestrebt, Informationen, vorweg aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Forschung und Technik, zu beschaffen. Die iranischen Nachrichtendienste wurden in

einem deutschen Gerichtsurteil eindeutig mit staatsterroristischen Aktivitäten in Verbindung gebracht.

Proliferation: Vor dem Hintergrund zahlreicher Spannungs- und Konfliktherde wie auch angesichts der Gefahr künftiger Auseinandersetzungen in Nah- und Mittelost sowie Nordafrika treiben mehrere Regionalstaaten die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen voran. Auch die Schweiz ist von illegalen Aktivitäten und Verstössen gegen Exportkontrollbestimmungen betroffen.

Organisierte Kriminalität (OK): Die Qualität der zur Tarnung krimineller Aktivitäten entfaltenen Geschäftstätigkeit der organisierten Kriminalität ist beträchtlich gestiegen. Bezüglich der Schweiz bestehen nach wie vor Lücken im Lagebild. Die Hinweise auf die Benützung des schweizerischen Territoriums und schweizerischer Einrichtungen durch organisierte kriminelle Gruppen nahmen zu. Es besteht die Gefahr, dass sich kriminelle Strukturen weitgehend unbemerkt in unserer Wirtschaft ausbreiten.

Bericht als Basis für Informationen und politische Kontrolle

Der Bericht basiert auf den Erkenntnissen der Bundespolizei sowie der kantonalen und städtischen Staatsschutzorgane. Er unterstreicht ihre Bedeutung für die innere Sicherheit der Schweiz, dient aber auch der Information und der politischen und parlamentarischen Kontrolle dieser sensiblen staatlichen Tätigkeit. Das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit, das nach Ablehnung der SOS-Initiative – Schweiz ohne Schnüffelstaat in Kraft gesetzt werden soll, sieht vor, dass die eidgenössischen Räte, die Kantone und die Öffentlichkeit jährlich oder nach Bedarf über die Beurteilung der Bedrohungslage und über die Tätigkeit der Sicherheitsorgane des Bundes zu orientieren sind. ▣

Informiert sein, heisst dabei sein!

Jedem Mitglied des Schweizerischen Zivilschutzverbandes wird die Zeitschrift «Zivilschutz», immer voll mit allen wichtigsten Informationen, gratis nach Hause geschickt! Werden auch Sie Mitglied, telefonieren Sie uns! **Telefon 031 381 65 81**

Dabei sein, heisst Mitglied sein!